

Die Familienunternehmer

Die Familienunternehmer - ASU e.V. – ehemals „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) – bezeichnet sich als politische Interessenvertretung der deutschen Familienunternehmen.

Die Familienunternehmer - ASU

Rechtsfo eingetragener Verein
rm

Tätigkeit Politische Interessenvertretung der
sbereich deutschen Familienunternehmer

Gründun 1949
gsdatum

Hauptsitz Berlin, Charlottenstraße 24

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadre familienunternehmer.eu
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
2 Fallbeispiele	2
2.1 Transparenzregister	2
2.2 Erbschaftssteuer	2
3 Positionen	3
4 Organisationsstruktur und Personal	3
4.1 Geschäftsführung	3
4.2 Bundesvorstand	3
5 Strategischer Beirat	4
6 Kooperationen	4
6.1 Jenaer Allianz	4
6.2 European Family Businesses	4
6.3 Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen	4
7 Kurzdarstellung und Geschichte	5
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
9 Einelnachweise	5

Lobbystrategien und Einfluss

Fallbeispiele

Transparenzregister

Als Reaktion auf die Veröffentlichung der Panama-Papers ist 2017 ein Transparenzregister eingeführt worden, aus dem sich Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen ersehen lassen.^[1] So wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums die Transparenz erhöht und der Missbrauch von Gesellschaften und Trusts zu Zwecken der Geldwäsche, ihrer Vortaten wie Steuerbetrug und Terrorismusfinanzierung erschwert. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung sollte sich nach dem Gesetzentwurf von Ende 2016 jeder informieren können, wem eine Firma gehört.^[2] Daraufhin hätten die Arbeitgeberverbände vorgetragen, der öffentliche Zugang sei unverhältnismäßig und trage nicht zur Geldwäschebekämpfung bei. Der Verband der Familienunternehmer sei noch weitergegangen: Nicht einmal Journalisten oder Nichtregierungsorganisationen sollten Zugang zu dem Register erhalten. Dabei seien es in der Vergangenheit vor allem deren Recherchen, die Korruptions- und Geldwäschekandale aufdeckten. In einem an das Bundesfinanzministerium gerichteten Schreiben vom 3. Januar 2017 habe der Verband sogar behauptet, durch den öffentlichen Einblick steige die Gefahr für Leib und Leben von Familienunternehmern und ihren Angehörigen. Der Verband habe diese Behauptung allerdings nicht belegen können und eingeräumt, es handle sich vor allem um ein Gefühl seiner Mitglieder. Gleichwohl habe daraufhin eine Mitarbeiterin des damaligen Staatssekretärs Michael Meister (CDU) nach Rücksprache mit Minister Schäuble unter Bezugnahme auf die Argumente des Verbandes die Anweisung erteilt, „in der Kabinettsvorlage einen öffentlichen Zugang zum Transparenzregister nicht vorzusehen“.

Die letztlich beschlossene [gesetzliche Regelung](#) enthält laut Süddeutscher Zeitung eine Vielzahl von Einschränkungen: Nur Personen und Organisationen mit "berechtigtem Interesse" können Einblick erhalten. Aber nur in Registereinträge, für die sie ihr Interesse jeweils einzeln nachweisen müssen. Auch Journalisten müssten dem Bundesanzeiger - einem Privatunternehmen - erklären, warum sie wissen wollen, wer hinter einer Firma steckt. Nur wenn ein begründeter Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung bestehe, bekomme man die Auskunft. Die EU habe inzwischen beschlossen, dass das Transparenzregister ab 2020 öffentlich zugänglich sein müsse.

Erbschaftssteuer

Der Verband, der sich gemeinsam mit der [Stiftung Familienunternehmen](#) regelmäßig gegen eine stärkere Besteuerung von Reichtum einsetzt, wertete die Reform der Erbschaftssteuer 2008 als großen Lobbyerfolg.^[3] Die Reform sah u.a. vor, betriebliches Erbe von der Erbschaftssteuer weitgehend auszunehmen. Das Bundesverfassungsgericht indes urteilte die Bevorteilung der Familienunternehmen 2014 als teilweise grundgesetzwidrig.^[4] Bis zum 30. Juni 2016 hätte die Regierung eine neue Regelung vorlegen müssen. Gegen die geplanten minimalen Korrekturen ließen die [Familienunternehmer](#) - ASU und die [Stiftung Familienunternehmen](#) Sturm, worauf Bundesfinanzminister Schäuble den Regierungsentwurf im September 2015 wieder entschärfte.^[5] Die endgültige Neuregelung ist erst am 9. November 2016 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und gilt rückwirkend ab dem 1. Juli 2016.

Positionen

Die Familienunternehmer fordern u. a., den Solidaritätszuschlages zu senken [6], den Mindestlohn abzuschaffen, keine Vermögenssteuer einzuführen, die Erbschaftssteuer niedrig zu lassen und Werkverträge nicht zu kontrollieren. [7] Im Gegensatz zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) kritisiert der Verein die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung, will Griechenland aus dem Euro haben und befürchtet immer höhere Finanzlasten für Deutschland. [8][9]

Der Verein hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis. [10] Mitglieder und Repräsentanten der Familienunternehmer hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die gemeinsamen Diskussionen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt. [11] [Peer-Robin Paulus](#), Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen". [12] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 hat der Verein den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke eingeladen, um eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren. [13] Laut Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen möchte der Verband mit der Einladung zeigen, wie unzufrieden er mit der jetzigen Bundesregierung ist. Auch wenn die AfD mit populistischen Thesen gegen Zuwanderung und den freien Handel zu punkten versucht, schreckt dies die Familienunternehmer nicht, das Gespräch zu suchen.

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsleitung

Hauptgeschäftsführer	Albrecht von der Hagen
Stellv. Hauptgeschäftsführerin	Antje Geyer
Leiter Abteilung Politik und Wirtschaft	Peer-Robin Paulus

Bundesvorstand

- Reinhold von Eben-Worlée (Präsident), E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG
- Patrick Adenauer (Vizepräsident), Bauwens GmbH, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Udo J. Vetter (Vizepräsident), Vetter Pharma-Fertigung GmbH
- Caroline von Kretschmann (Vizepräsidentin), Der Europäische Hof Hotel Europa Heidelberg GmbH
- Johannes Freiherr von Salmuth (Vizepräsident), Röchling SE
- Udo J. Vetter (Vizepräsident), Vetter Pharma-Fertigung GmbH
- Axel Witte (Vizepräsident), RST HANSA GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Strategischer Beirat

(Auswahl)

Name	Verbindungen
Ulrike Ackermann	<ul style="list-style-type: none">• John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung der privaten SRH Hochschule Heidelberg, Leiterin• Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Oswald Metzger	<ul style="list-style-type: none">• Tichy's Einblick, Mitarbeiter• Ludwig-Erhard-Stiftung, Stellv. Vorsitzender• Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter
Marie-Christine Ostermann	<ul style="list-style-type: none">• Rulko Großeinkauf GmbH & Co., Geschäftsführende Gesellschafterin• FDP, ehem. Landesschatzmeisterin NRW• Die Jungen Unternehmer - BJU, bis 2012 Bundesvorsitzende• Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft, Mitglied des Kuratoriums• Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied
Frank Schäffler	<ul style="list-style-type: none">• Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP)• Prometheus, Gründer• Ludwig-Erhard-Stiftung, Stellv. Vorsitzender• Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied

(Stand: Oktober 2019) Quelle: [\[14\]](#)

- Ehemaliges Mitglied: [Michael Fuchs](#), Stellv. Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion

Kooperationen

Jenaer Allianz

Die Familienunternehmer - ASU ist einer der Initiatoren der neoliberalen [Jenaer Allianz](#) zur Erneuerung der Marktwirtschaft.

European Family Businesses

Die Familienunternehmer - ASU ist Mitglied von [European Family Businesses](#), der europäischen Dachorganisation der Familienunternehmen mit Sitz in Brüssel.

Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Der Verein ist Mitglied/Förderer der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Kurzdarstellung und Geschichte

Die ASU wurde 1949 gegründet und im Mai 2007 in „Die Familienunternehmer – ASU“ umbenannt. Die Familienunternehmer stehen für Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Der Politik und der Öffentlichkeit soll ein positives Unternehmerbild sowie die Maxime „Mehr Markt, weniger Staat“ vermittelt werden. Dem Verein gehören nach eigenen Angaben etwa 5000 Mitglieder an.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)[Bluesky](#)[Facebook](#)[Instagram](#)

Einelnachweise

1. ↑ [Bundesregierung stärkt den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#), bundesfinanzministerium.de vom 22.02.2017, abgerufen am 07.02.2019
2. ↑ [Der Eigentümer bleibt geheim](#), sueddeutsche.de vom 05.02.2019, abgerufen am 07.02.2019
3. ↑ [Brun-Hagen Hennerkes-Über Familienunternehmen und Erbschaftssteuer](#) Der Spiegel abgerufen am 06.03.2015
4. ↑ [Verfassungsgericht kippt Erbschaftssteuer](#), Der Spiegel, abgerufen am 06.03.2015
5. ↑ [Christoph Butterwegge: Ein Lehrstück des Lobbyismus](#), taz online vom 24. September 2015, abgerufen am 25. 09. 2015
6. ↑ [Pressestatement vom 1. November 2011: Familienunternehmer zur Soli-Debatte: Bundesratsmehrheit will Arbeitnehmer nicht entlasten](#)
7. ↑ [Positionen und Aktionen](#), Webseite [familienunternehmer](#), abgerufen am 11. 10. 2015
8. ↑ [Marc Beise: Porzellan zerschlagen](#) Der Euro treibt auch einen Keil zwischen die Familienunternehmen, Süddeutsche Zeitung vom 14./15. Juli 2012
9. ↑ [Nach Streit Famiienunternehmer reichen BDI die Hand](#), Handelsblatt vom 13. Juli 2012, Website Handelsblatt, abgerufen am 14. Juli 2012
10. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI](#), Der Freitag online vom 20. März 2013 Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
11. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
12. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?](#), eigentlich frei vom 19. September 2013, Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
13. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne](#), Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014, Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
14. ↑ [Mitglieder Strategischer Beirat](#) Webseite ASU, abgerufen am 03.10.2019